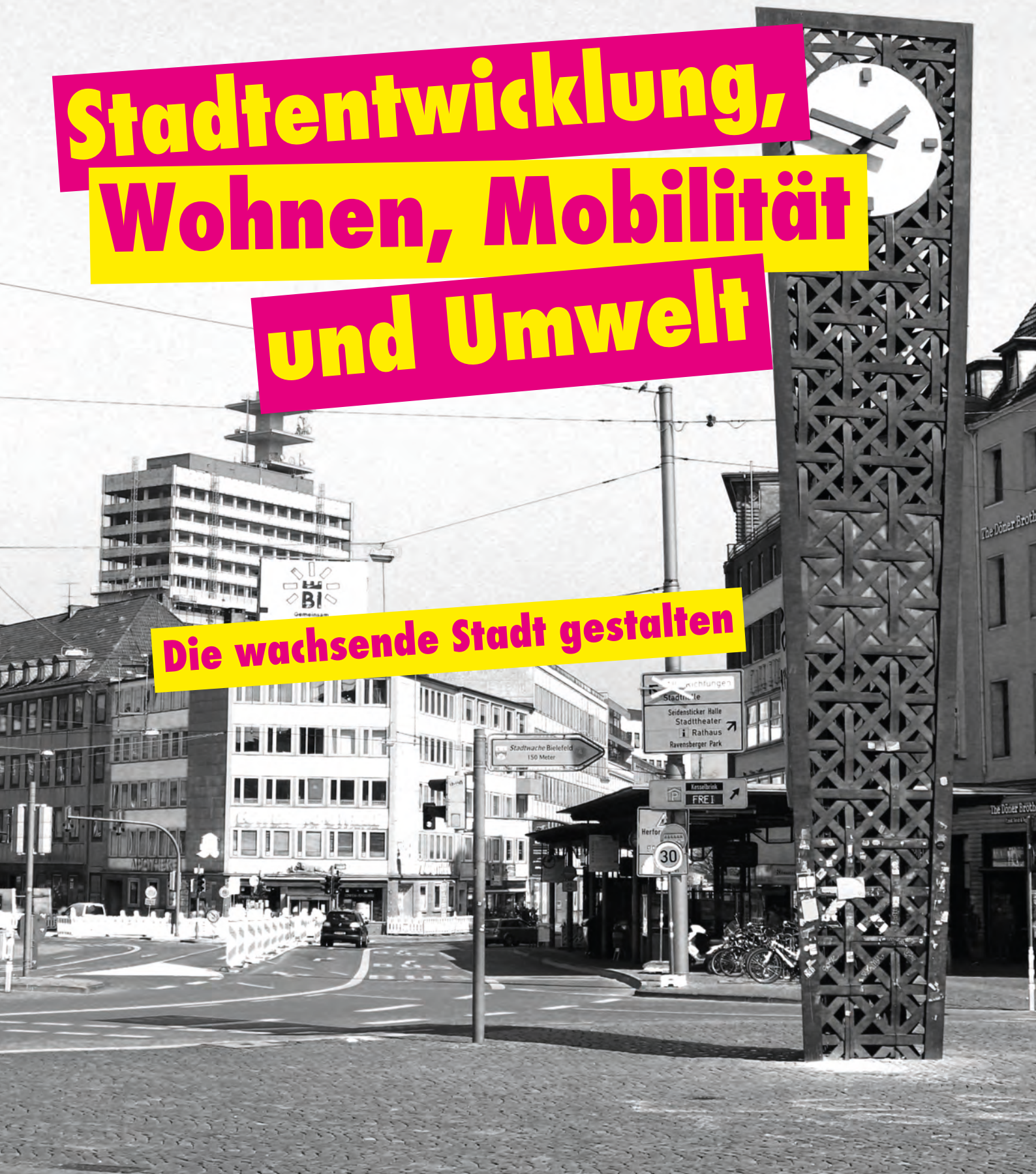


Stadtentwicklung, Wohnen, Mobilität und Umwelt

Die wachsende Stadt gestalten



Stadtentwicklung, Wohnen, Mobilität und Umwelt – Die wachsende Stadt gestalten

Die Herausforderung

Bielefeld ist eine wachsende, pulsierende Groß- und Universitätsstadt. Sie ist das wirtschaftliche und kulturelle Oberzentrum in Ostwestfalen. Die zukünftige medizinische Fakultät ist eine große Chance für Bielefeld und seine Menschen. Die kreisfreie Stadt Bielefeld ist geprägt durch Großflächigkeit mit einem verhältnismäßig kleinen Zentrum und einer weitläufigen Peripherie. Die städtische Infrastruktur ist hieran auszurichten. Die Stadt muss unterschiedlichsten Nutzer- und Einwohnergruppen gerecht werden. Die bauliche Gestaltung entscheidet dabei wesentlich über die Attraktivität und ist eine Voraussetzung, um mit anderen Städten im Wettbewerb zu bestehen. Bielefeld profitiert insbesondere von der herrlichen Lage am Teutoburger Wald. Diesen gilt es zu schützen und zu nutzen. Flächen, die für Baugebiete und Infrastruktur noch zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Die Vielfalt der Lebenssituationen bedeutet auch eine Vielfalt der allgemeinen und individuellen Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der heimischen Wirtschaft und der über 120.000 täglichen Ein- und Auspendler.

Unser Kompass

Wir wollen Menschen Raum für ihre Ideen geben, damit sie diese im Interesse der gesamten Stadt verwirklichen können. Wir wollen nicht für den Einzelnen planen, wie er zu wohnen oder sich fortzubewegen hat, sondern Rahmenbedingungen schaffen, die es für jede Bielefelderin und jeden Bielefelder einfacher machen, ihren jeweiligen Lebensentwurf in unserer Stadt umzusetzen.

Wir glauben an die Fähigkeit des Menschen, die Zukunft durch Kreativität und fairen Wettbewerb von Ideen positiv zu gestalten und setzen auf die Entwicklung und Optimierung moderner Technologien für den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt. Wir wollen erfinden statt verhindern und sind daher zukunftsbejahend und nicht zukunfts skeptisch.

Wir möchten eine ideologiefreie, moderne Verkehrspolitik und wollen optimale Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmer in einem fairen Miteinander schaffen. Wir wollen Mobilität verbessern und es Menschen leichter und nicht schwerer machen, sich in der Stadt zu bewegen. Planwirtschaftliche Vorgaben zu Anteilen von Verkehrsträgern (Modal Split) können für Liberale niemals politische Richtschnur sein. Die Menschen sollen die Verkehrsträger wählen, die für den gerade anstehenden Zweck am dienlichsten sind und diese auch gut miteinander kombinieren können. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung beim privaten und öffentlichen Straßenverkehr im Sinne eines Smart-City-Konzeptes nutzen.

Wir brauchen langfristige Perspektiven bei der Stadtgestaltung und mehr innovative Architektur durch Wettbewerbe.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ Wachstumsgerechte Stadtentwicklung

83. **Wohnungsnot bekämpfen - Mehr Raum fürs Wohnen schaffen.** Wir wollen mit neuen Wohnbauflächen auf steigende Einwohnerzahlen reagieren und Mietsteigerung durch Angebotserhöhung verhindern. Die Entwicklung neuer Wohnbauflächen in Bielefeld ist in ein Gesamtkonzept einzufügen. Wohnraum muss für alle Bevölkerungsgruppen verfügbar und bezahlbar sein. Neue Wohnquartiere erfordern auch die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur (Verkehrsanbindung, Kindertagesstätten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, digitale Anbindung, Freizeit und Sport). Steigende Baulandpreise sind das Ergebnis von zu wenig Angebot. Der von Rot-Grün beabsichtigte Zugriff der Stadt auf jede Entwicklung von Wohnflächen (sog. „Baulandstrategie“) hebt Marktmechanismen aus und wird zu jahrelangem Stillstand und weiterer Verknappung führen. Als eine der ersten Maßnahmen werden wir im Rat diese „Strategie“ beenden.
84. **Neues Stadtviertel gründen.** Wir wollen eine großflächige Entwicklung des Quartiers am Uni-Campus im Rahmen einer langfristigen Stadtplanung voranbringen. Hier soll Raum für 5.000-10.000 Einwohner, Hochschuleinrichtungen, hochschulbezogenes Gewerbe, universitäre Ausgründungen, Kultur- und Versorgungseinrichtungen, soziale Infrastruktur und Grünflächen mit guter ÖPNV-Anbindung entstehen. Durch diesen neuen, innovativ geplanten Stadtteil mit ökologischem Vorbildcharakter schaffen wir den benötigten Wohnraum und gleichzeitig die zugehörige soziale Infrastruktur für das wachsende Bielefeld. Hier legen wir den Grundstein für zukünftige Wohlstandsquellen unserer Stadt und versöhnen Ökonomie und fortschrittsorientierte Ökologie.
85. **1.000 zusätzliche Ein- und Zweifamilienhäuser.** Für uns ist das Streben nach Wohneigentum nicht aus der Zeit gefallen oder ökologisch unverantwortlich, sondern gelebtes Aufstiegsversprechen, Verwurzelung mit unserer Stadt, Vermögensbildung und Garant einer sozial ausbalancierten Stadtgesellschaft. Es darf nicht sein, dass Menschen aus der arbeitenden Mitte, die sich etwas aufbauen wollen, ins Umland verdrängt werden, von wo aus sie dann bei schlechtem Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) weite Strecken zur Arbeit zurücklegen müssen. Wir werden daher zusätzlich zu den bisherigen Planungen in den äußeren Stadtbezirken Flächen zum Bau von mindestens 1.000 weiteren Ein- und Zweifamilienhäusern bis 2025 ausweisen. Die Beibehaltung der 25% Regelung für geförderten Wohnungsbau gewährleistet dabei eine soziale Durchmischung. Es muss auch in Bielefeld für Normalverdiener möglich sein, Besitzer eines Eigenheims zu werden.
86. **Planungsamt einrichten.** Wir fordern die Einrichtung eines vom Bauamt unabhängigen Planungsamtes. Die Überwachung und Sicherstellung des Bauordnungsrechtes ist von den Fragen und Strategien langfristiger und großflächiger Planung der wachsenden Stadt auch organisatorisch zu trennen. Die großflächige Entwicklung und Planung des Quartiers am Uni-Campus soll eine erste Maßnahme des Planungsamtes sein.

87. **Bewerbung zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau in Bielefeld vorbereiten.** Bielefeld soll sich für eine der nächsten Bundesgartenschauen (BUGA) bewerben und dafür Fördermittel einwerben. Es geht uns dabei nicht um Einmaleffekte, sondern eine BUGA soll Handlungsimpuls für eine nachhaltige Stadtentwicklung sein. Zu prüfen wäre eine Integration der Entwicklung eines neuen Stadtviertels in Hochschulnähe.
88. **Konversion intelligent nutzen.** Der Erwerb von Wohnungsbeständen im Rahmen der Konversion durch die Stadt soll nur dann erfolgen, wenn er zeitnah und zu Konditionen erfolgen kann, die sozialen Wohnungsbau ermöglichen. Lange Leerstände dürfen nicht entstehen. Ansonsten ist ein Verkauf der Wohneinheiten etwa an junge Familien zu präferieren. Größere Konversionsflächen wie die Kasernengelände sind auf der Grundlage von städtebaulichen Wettbewerben zu überplanen.
89. **Mehr innovative Architektur.** Bauwerke sind mehr als funktionale Unterbringungen von Menschen zum Wohnen und Arbeiten. Sie gestalten den öffentlichen Raum und definieren das Erscheinungsbild einer Stadt. Architektur bestimmt damit die Qualität einer Stadtentwicklung und ist Ausdrucksform für die Modernität einer Stadt. Wir wollen weg von rein funktionalen Zweckbauten und innovativer, aussagekräftiger Architektur Raum geben. Daher wollen wir deutlich mehr städtebauliche Wettbewerbe ausrichten mit dem Ziel, mutige und über die Stadtgrenzen hinaus beachtete Gestaltungen umzusetzen.
90. **Beirat für Stadtgestaltung reformieren.** Im Beirat für Stadtgestaltung geben Architektinnen und Architekten zu Bauvorhaben Stellungnahmen und Empfehlungen ab. Zu welchen Projekten und zu welchem Zeitpunkt der Beirat einbezogen wird, bestimmt aber derzeit die Politik. Wir wollen, dass der Beirat sich auch selbst eigeninitiativ einschalten kann. Zudem sollen die Empfehlungen und Anmerkungen nach Möglichkeit öffentlich gemacht werden, um die Debatte über Architektur und Gestaltung zu beleben.
91. **Plätze verschönern, Kesselbrink endlich attraktiv machen.** Wir wollen alle wesentlichen Plätze der Innenstadt und in den Stadtbezirken systematisch auf Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen. Statt sich von unausgegorenen Umbaumaßnahmen am Jahnplatz mit seiner wichtigen Verkehrsfunktion Aufenthaltsqualität zu erhoffen, wollen wir zuerst den Kesselbrink neu gestalten. Wir wollen ihn durch eine Wohnbebauung an zwei Seiten enger fassen, um ein Platzgefühl herzustellen. Der Platz soll dann mit Skatepark, Gastronomie, Bäumen usw. gestaltet werden. Welche Zukunft der Grüne Würfel dabei hat, werden wir ergebnisoffen bewerten. Eine dauerhafte Nutzung für städtische Belange schließen wir aufgrund der hohen Unterhaltskosten und der für die meisten denkbaren Nutzungsmöglichkeiten ungeeigneten Innenarchitektur aus. Für die Polizeiwache wollen wir nach einem Umzug der Polizei den Aufbau eines Co-Working-Space für Gründungen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft prüfen.

→ Umwelt und Natur effektiv schützen

92. **Mehr Dächer für Grün und Solar nutzen.** Die Errichtung von insektenfreundlichen Grünflächen, z.B. auch auf Haltestellendächern oder städtischen Gebäuden mit Flachdächern, trägt zu einer Verbesserung der Lebensqualität bei. Geeignete öffentliche Dachflächen wollen wir für Solaranlagen nutzen. Beide Dachnutzungen wollen wir ausbauen.
93. **Wald erhalten und aufforsten.** Der Erhalt des Waldes sowie von wohnortnahen Naturräumen sind wesentliche Faktoren, damit unsere Stadt weiterhin ein Ort mit hoher Lebens- und Erholungsqualität ist. Bielefeld besitzt große kommunale Waldflächen, aber auch erhebliche Privatwaldbestände. Die Schäden durch den geringen Niederschlag in den letzten Jahren sind immens und stehen im Mittelpunkt der Arbeiten im Wald. Wiederaufforstung und Pflege des Waldes wollen wir am aktuellen Stand der Forstwirtschaftslehre orientieren, mit dem Ziel, Schädlingsbefall zu minimieren und den Baumbestand durch Änderungen am Mix der Baumarten an klimatische Veränderungen anzupassen. Privatwald und städtischer Wald sollen hierbei in guter Kooperation vorgehen. Wir unterstützen die Tätigkeit des Rangers, um Nutzungskonflikte im Wald in einem fairen Miteinander zu regeln.
94. **Wasserflächen schützen, Wasserversorgung sichern.** Wir befürworten die Renaturierung von Wasserläufen und eine verbesserte Pflege von Teichen und Seen. Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung bei geänderten klimatischen Verhältnissen wollen wir eine umfassende Analyse der Trinkwasserbestände und eine Simulation der Versorgung bei unterschiedlichen Klimaentwicklungen vornehmen. Wasserschutzgebiete werden wir erhalten und schützen.
95. **Keine neuen Windkraftanlagen auf Bielefelder Gebiet.** Wir sehen in Bielefeld keine Möglichkeit, Windkraftanlagen anliegerfreundlich und im Einklang mit dem Naturschutz auf Bielefelder Gebiet zu errichten. Einen Ausbau der Windkraft im Wald, z.B. auf dem Kamm des Teutoburger Waldes, lehnen wir ebenso ab wie einen erneuten Versuch, Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Jöllenbeck oder Heepen auszuweisen.
96. **Gärten als Grün in der Stadt achten und nicht gängeln.** Die Wiedereinführung der aus guten Gründen abgeschafften und im Ergebnis kontraproduktiven Baumschutzsatzung lehnen wir ab. Gartenbesitzer wissen am besten, wie sie mit ihrem Baumbestand umzugehen haben. Die Stadt soll als Partner und Aufklärer bereitstehen, aber nicht als oberster Gestalter privater Gärten. Wir befürworten Anreize für eine umwelt- und insbesondere insektenfreundliche Gartengestaltung, Gestaltungsverbote lehnen wir aber aus Achtung vor dem Privateigentum ab.
97. **Städtische Gebäude energetisch sanieren.** Der städtische Gebäudebestand ist weiter energetisch zu sanieren. Bei Sanierungsmaßnahmen ist eine Gesamtbilanz der Maßnahmen inkl. ökologischer Abrisskosten zu betrachten. Sanierungen können unter diesem Aspekt ökologisch verantwortlicher sein als Abriss und Neubau.

→ Mobilität verbessern statt einschränken

98. **Schulticket weiterentwickeln.** Gemeinsam mit vielen Eltern in unserer Stadt haben wir Druck gemacht, die völlig überbeuerte Schülerbeförderung in Bielefeld endlich zu vergünstigen. Ein günstiges Schulticket macht die freie Schulwahl unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, macht Kinder mit dem öffentlichen Nahverkehr vertraut, entlastet Familien und ist der beste Beitrag zur Vermeidung von Schülerbringverkehr („Eltern-Taxi“). Die auf unseren Druck hin eingeführte, jetzt geltende Regelung ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht uns aber nicht aus. Wir wollen den Preis von 29 € auf 19 € pro Monat senken, es für Geschwisterkinder weiter vergünstigen und für die anspruchsberechtigten Kinder eine zuzahlungsfreie Variante als Option bestehen lassen. Das Schulticket muss für alle Bielefelder Schülerinnen und Schüler gelten, auch wenn sie Schulen in Nachbarkreisen oder nicht-städtische Schulen besuchen.
99. **Hauptstraßen für den Radverkehr schaffen.** Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der individuellen Beweglichkeit wollen wir, sofern es baulich möglich ist, eine Trennung von Rad- und Autoverkehr. Mit einer Parallelität und einem Haupttroutenkonzept können alle Verkehrsteilnehmer optimal den zur Verfügung stehenden Verkehrsraum nutzen. So sollte z.B. die Stapenhorststraße als Vorrangstraße für das Auto und die parallel verlaufende Wertherstraße bzw. Rolandstraße als Vorrangstraße für Fahrräder genutzt werden. So wollen wir ein durchgehendes Netz von Hauptverkehrsstraßen für den Radverkehr ggf. auch als Radschnellwege schaffen und die Hauptverbindungen des Autoverkehrs funktionsfähig halten.
100. **Stückwerk bei Radwegen beenden.** Wir wollen durchgängige und sichere Radfahrstrecken mit vereinheitlichter Verkehrsführung schaffen. Die durch Grünanlagen führenden Radfahrstrecken sollen angemessen beleuchtet und beschildert werden.
101. **Sicheres Abstellen von Fahrrädern ermöglichen, Jahnplatztunnel nicht kaufen.** Wir wollen gesicherte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Hauptbahnhof als auch an den Endstationen der Stadtbahn und an den Bahnhöfen schaffen. In der gesamten Stadt benötigen wir mehr Fahrradbügel. Wir lehnen auch für die Zukunft eine Nutzung des Jahnplatztunnels als städtisch geführtes Fahrradparkhaus ab.
102. **Radfahrerinnen und Radfahrer besser schützen.** Bei der Neuplanung von Kreuzungen sind die Sicherheitsinteressen von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern stärker zu berücksichtigen. Die Anbringung von Spiegeln an Ampelmasten kann ein zusätzlicher Beitrag sein, die Sichtbarkeit des Radverkehrs zu erhöhen. Rechtsabbiegende Busse und LKW sind ein großes Risiko für den geradeaus fahrenden Radverkehr. Im Vorgriff auf eine durch den Bund erlassene Pflicht sollen alle durch die Stadtverwaltung, den Umweltbetrieb und moBiel angeschafften Fahrzeuge über 3,5 t mit elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet sein.

103. **Fahrradmitnahme im ÖPNV.** Um ÖPNV und Radverkehr besser miteinander kombinieren zu können, sollen die Kapazitäten für die Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen ausgebaut werden.
104. **Fahrradleihsysteme fördern, aber nicht monopolisieren.** Bielefeld benötigt dringend ein attraktives Leihfahrradangebot in Zusammenarbeit mit Privat Anbietern sowie eine Fahrrad-App für die City. Die Monopolisierung von Mobilitätsangeboten (E-Roller-Verleih, E-Scooter-Verleih, Fahrradverleih, Parkraumbewirtschaftung etc.) bei der städtischen moBiel lehnen wir ab.
105. **ÖPNV stärken und ausbauen.** Wir wollen ein Konzept „ÖPNV 2040“ für Bielefeld erstellen. Die 2011 durchgeführte Potenzialanalyse „moBiel2030“, in der 15 unterschiedliche Stadtbahnerweiterungen bewertet wurden, soll in Verantwortung der Stadt aktualisiert werden. Nur durch eine sachverständige Untersuchung möglicher Stadtbahnerweiterungen können verschiedene Ausbauvarianten aussagekräftig analysiert werden. Die Untersuchung soll technologieoffen vorgenommen werden, d.h. nicht ausschließlich auf das derzeitige schienengebundene Stadtbahnsystem beschränkt sein, sondern z.B. auch die Möglichkeiten von On-Demand-Verkehren berücksichtigen.
106. **Stadtbahnlinien weiter entwickeln.** Die Ausbauvorhaben Sennestadt und die Zusammenführung der Linien 3 und 4 sollen weiter geprüft werden. Hierfür sollten alsbald Kostenschätzungen vorgelegt werden. Nur so kann festgestellt werden, ob die beabsichtigten Vorteile noch tatsächlich bestehen. Eine Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 von Babenhausen über Theesen bis in das Ortszentrum Jöllenbeck soll im Einklang mit dem Konzept „ÖPNV 2040“ in die Prioritätenliste aufgenommen werden.
107. **Bürgerbefragung Linie 5 achten.** Hinsichtlich einer Stadtbahnplanung nach Heepen fühlt sich die FDP an das Ergebnis der Bürgerbefragung von 2014 gebunden. Diese Beschlusslage kann nicht durch den Rat, sondern allenfalls durch eine erneute Bürgerbefragung geändert werden.
108. **Digitalisierung des ÖPNV vorantreiben.** Mit einer umfassenden Digitalisierungsinitiative wollen wir den ÖPNV von moBiel modernisieren. Bessere Fahrgastinformationen, Auslastungsmanagement durch kontinuierliche Messung der Platzbesetzung, digitaler Ticketkauf und darauf abgestimmte Preismodelle, kostenloses WLAN in Bahn, Bus und an Haltepunkten sind nur einige Einsatzbereiche einer konsequenten Digitalisierung im ÖPNV.
109. **Zentrumsnahen Fernbusbahnhof einrichten.** Fernbusse sind ökologisch sinnvoll. Ihre Vorteile steigen bei einer guten Anbindung an die anderen Verkehrsteilnehmerarten ÖPNV und MIV (motorisierter Individualverkehr) deutlich. Die Nähe eines solchen Busbahnhofs zum OWD und zum innerstädtischen Hauptbahnhof wird für eine deutliche Entlastung der Fahrten durch das Stadtgebiet sorgen. Auch für Tagestouristen, die etwa Kulturangebote und Einkaufsmöglichkeiten nutzen wollen, ist ein Bushalt in der Innenstadt ideal. Wir werden daher einen zentrumsnahen

Fernbusbahnhof, etwa in der Joseph-Massolle-Straße oder in der Mindener Straße, einrichten.

110. **Barrierefreiheit ermöglichen.** Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen zur Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Dies gilt auch für Hilfsbedürftige und Menschen mit Behinderung und bedeutet u. a., dass sich diese Menschen uneingeschränkt in der Stadt bewegen können. Wir unterstützen daher Maßnahmen zur Barrierefreiheit wie z.B. die Hochbahnsteige beim Stadtbahnumbau und -ausbau und setzen uns für eine umfangreiche Beteiligung des Beirats für Behinderte ein.
111. **Kein Rückbau von Hauptverkehrsstraßen des Autoverkehrs.** Den Rückbau von Hauptverkehrsstraßen, mit dem Ziel der Verkehrsminderung des motorisierten Individualverkehrs ohne das Angebot von Alternativen, lehnen wir ab. Statt Staus zu erzeugen, wollen wir ein bedarfsgerechtes Netz an Hauptverkehrsstraßen erhalten und, wo nötig, ausbauen.
112. **Kein Tempo 30 ohne Grund.** Wir lehnen die flächendeckende Einführung von Tempo 30 im ganzen Stadtgebiet ab. Stattdessen setzen wir auf eine gefahrenbezogene Differenzierung bei Geschwindigkeitsbegrenzungen. Tempo 30 ist in Wohngebieten, vor Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern sinnvoll, aber Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen führt zu keiner spürbaren Lärmreduktion, erzeugt Abkürzungs- und Ausweichverkehr in Wohngebieten, stellt den Sinn von ausgebauten Entlastungsstraßen auf den Kopf und ist reine Gängelung von Autofahrern, die auch nicht zum Spaß unterwegs sind.
113. **Suchverkehr verhindern, Parkplätze erhalten.** Eine gezielte Vernichtung oder deutliche Verteuerung von Parkplätzen aus ideologischen oder aus erzieherischen Gründen lehnen wir ab. Die Erreichbarkeit des innerstädtischen Einzelhandels, des Gewerbes sowie der Wohnquartiere muss gewährleistet bleiben. Ein Wegfall von Parkplätzen darf nur mit einer quantitativen und qualitativen Steigerung des ÖPNV einhergehen. Die Konzentration der Parkraumbewirtschaftung und der städtischen Parkhäuser in der Hand von moBiel lehnen wir ab, da dies zu unvermeidbaren Interessenskonflikten führen wird.
114. **Jahnplatz umfassend planen.** Für den Bereich Jahnplatz fordern wir ein umfassendes Verkehrskonzept, das auch alle Ausweichverkehre berücksichtigt. Wir wünschen uns eine bessere Nutzung des OWD und wollen eine Umgestaltung der Kreuzung Herforder Straße/Walther-Rathenau-Straße erreichen, so dass Autofahrer aus Richtung Herford zweispurig in Richtung Ostwestfalentunnel, statt wie derzeit zweispurig in Richtung Jahnplatz, gelenkt werden.
115. **OWD stärken.** Eine Temporeduktion auf dem OWD alleine aus Lärmschutzgründen lehnen wir ab. Der OWD muss als Stadtautobahn und Umgehungsstraße leistungsfähig bleiben, um Durchgangsverkehre aus der Innenstadt heraus zu ziehen. Wir präferieren andere lärmindernde Maßnahmen wie z.B. die Verlegung von Flüsterasphalt.

116. **Taxen auf die Umweltpur.** Wir setzen uns dafür ein, dass auch Taxen die Bus- und Umweltpuren nutzen dürfen. Sie sind Teil des ÖPNV, verbessern die Mobilität und reduzieren den individuellen Autoverkehr.
117. **Autoverkehr verflüssigen.** Wir wollen Maßnahmen zur Verflüssigung des Autoverkehrs mit den Möglichkeiten eines Smart-City-Konzeptes umsetzen. Durch intelligente Ampelschaltungen (Grüne Welle, bedarfsorientierte Nachtabschaltung), Optimierungen von Kreuzungen (Abbiegeregelungen, Kreisverkehre), digitalen Informations- und Leitsystemen sowie die Aufrechterhaltung von Mehrspurigkeit wichtiger Hauptverkehrsstraßen (z.B. Arthur-Ladebeck-Straße und Stadtring) können Wohn- und Nebenverkehrsstraßen entlastet, Parkplatzsuchverkehre reduziert und die Erreichbarkeit des gesamten Stadtgebietes sichergestellt werden.
118. **Ausbau von Park and Ride.** In der geschickten Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger liegen noch immer große Potenziale. Eine Möglichkeit ist hierbei der Ausbau von Park und Ride (P+R) Parkplätzen. Jahrelang ist dort nichts passiert, wir wollen die Kapazitäten deutlich erhöhen.
119. **Batterie und Wasserstoff - Alternative Antriebe fördern.** Wir wollen ein städtisches Gesamtkonzept für die Errichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und Fahrzeuge mit alternativen Energiequellen (Brennstoffzelle, Wasserstoff). Wir unterstützen die Einführung von Wasserstoffbussen durch moBiel und wollen die dafür vorgesehene Wasserstofftankstelle auch für Privatfahrzeuge und Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks öffnen.
120. **Ja zur L712n.** Wir unterstützen und fordern die zügige Fertigstellung der L712n, der Verlängerung der Ostwestfalenstraße vom Autobahnanschluss Ostwestfalen-Lippe bis zur Herforder Straße. Sie entlastet die Stadtteile Altenhagen und Milse und erleichtert die Zufahrt nach Bielefeld über die Autobahn.
121. **Ortsumgehung Ummeln bauen.** Wir unterstützen und fordern die zügige Fertigstellung der B61n. Sie ist eine Verlängerung des Ostwestfalendamms (OWD) vom Anschluss der A33 bis zur Gütersloher Straße am südlichen Ende von Ummeln. Sie entlastet den Stadtteil und erleichtert und beschleunigt die Verbindung zwischen Bielefeld und Gütersloh.
122. **Anbindungen an Fernverkehr mit Bahn verbessern.** Wir unterstützen den Aus- und Neubau der ICE-Strecke zwischen Dortmund und Hannover. Der ICE-Halt, aber auch die IC-Halte und die Halte anderer Fernbahnanbieter (z.B. Flixtrain) in Bielefeld müssen – auch im Sinne eines effektiven Umwelt- und Klimaschutzes – erhalten bleiben und ausgebaut werden.
123. **Dauer von Baustellen verkürzen.** Die Planung und Durchführung von Baustellen in Bielefeld ist immer wieder ein Ärgernis für alle und kann eine Existenzbedrohung für betroffene Geschäfte sein. Städtische Baustellen werden häufig als Baumaschinenla-

ger genutzt, da Verzögerungen überhaupt keine Konsequenzen haben. Die Beeinträchtigung für uns Bürgerinnen und Bürger durch lange Bauzeiten muss ein Preisschild bekommen. Wir wollen daher Bauzeiten durch Vertragsstrafen verkürzen.

124. **Baustellen besser koordinieren.** Trotz mehrfacher Zusicherung, die Baustellen in der Stadt besser zu koordinieren, ist Bielefeld dabei nicht wirklich vorangekommen. Wir werden durchsetzen, dass die Planungs- und Koordinierungsprozesse genau analysiert werden, bei Bedarf auch durch Externe, und dann optimiert werden. Auch die Stadtwerke müssen stärker miteinbezogen werden und sich an eine koordinierte Vorgehensweise halten. Dass Straßen in kurzen Zeitabständen zweimal aufgerissen werden, ist eine unnötige Beeinträchtigung und vermeidbare Geldverschwendung.
125. **Digitale Verkehrs- und Baustellenplanung einführen.** Zu häufig wird bei Bauvorhaben eine Straßenverbindung einfach gesperrt und dann beobachtet, wohin sich der Verkehr orientiert. Verkehrschaos und Stau sind vor allem an den ersten Tagen solcher Baustellen die Folge. Wir wollen, dass als fester Bestandteil der Baustellenplanung eine softwaregestützte Verkehrssimulation eingesetzt wird. Wohin fließt der Verkehr bei Sperrungen? Können auf wahrscheinlichen Ausweichstrecken Ampelphasen angepasst werden? Mit der Zeit von uns Bürgerinnen und Bürger muss sorgfältiger umgegangen werden.
126. **Anlieger bei Baustellen besser informieren.** Bauvorhaben bringen immer Beeinträchtigungen mit sich. Umso wichtiger, dass sich Anlieger und vor allem Geschäfte darauf einstellen können und Planungsvorlauf bekommen. Zum Teil erhielten Einzelhändler gerade einmal 10 Tage vor Baubeginn nur einen Zettel, mit dem eine mehrwöchige Vollsperrung angekündigt wurde. Wir wollen einen festen Ansprechpartner für Anlieger im Bauamt, der jederzeit und mit ausreichendem Vorlauf kontaktiert werden kann. Anlieger sollen ohne Zeitverzug über den Stand der Planungen informiert werden. Ihre Bedürfnisse sollen vor Planung der Baudurchführung erhoben werden, um diese in der Planung zu berücksichtigen.
127. **Straßenausbaubeiträge abschaffen.** Wir betrachten den Kompromiss zur Neuregelung der Anliegerbeiträge bei Bauvorhaben durch die schwarz-gelbe Landesregierung als wichtige Entlastung und Verbesserung, nachdem SPD-Regierungen jahrzehntelang keine Initiative ergriffen haben. Die einzelnen Beiträge sind für uns aber nach wie vor zu hoch, die Erhebung verursacht Bürokratie und erzeugt zahlreiche Rechtsstreitigkeiten. Wir wollen daher, dass sich Bielefeld, z.B. über den Städtetag, aktiv für die vollständige Abschaffung dieser Regelung einsetzt. In Bielefeld wollen wir eine maximal anliegerfreundliche Umsetzung gewährleisten.